

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den gew. Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Verkaufsstellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. jährlich. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postanfragen an die Geschäftsstelle. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto vorliegt.

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Kommerzialzeile 20 Cent pro Tag, die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Cent pro Tag, die 3-spaltige Reklamazeile im zeitlichen Teile 100 Cent pro Tag. Nachweisungsgebühr 20 Cent pro Tag. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. — Die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Nachrichten wird keine Garantie. Jedes Nachdruckrecht ist vorbehalten, wenn der Vertrag durch Klage eingezogen werden darf oder der Verfasser gegen die Konkurrenz gerät. — Angestellte nehmen alle Vermittlungskosten entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamt Tharandt, Finanzamt Rostitz.

Nr. 246. — 85. Jahrgang. — Teleg.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach Dresden 2640 Mittwoch, den 20. Oktober 1926

Die Wiederherstellung des Welthandels.

Der Wortlaut des Wirtschaftsmanifestes.

„Handel ist kein Krieg.“

Dienstag früh ist die angekündigte Denkschrift der Weltwirtschaft veröffentlicht worden. Sie hat folgenden Wortlaut:

Wir wünschen als Geschäftsleute, die Aufmerksamkeit auf gewisse schwerwiegende und beunruhigende Zustände zu lenken, die, unserem Urteil nach, der Rückkehr zum allgemeinen Wohlstand im Wege stehen.

Man kann nicht ohne Bedenken mit ansehen, in welchem Ausmaß Handelsbarrieren, Speziallizenzen und Verbote seit dem Ausbruch des internationalen Handels einzuschleichen und seinen natürlichen Ablauf zu behindern vermögen. In keiner Periode während der neueren Geschichte hat es der Handel notwendiger als heute gehabt, von solchen Einengungen frei zu sein, um den Handelstreibern zu ermöglichen, sich den neuen und schwierigen Bedingungen anzupassen. Und zu keiner Zeit haben sich die Beschränkungen des freien Handels so gefährlich vermehrt, ohne daß man der daraus entstandenen ökonomischen Konsequenzen gewahr geworden wäre.

Der Zusammenbruch von großen politischen Gebietseinheiten in Europa war ein schwerer Schlag für den internationalen Handel. Innerhalb weiten Gebiete, deren Einwohner bis dahin ihre Produkte im freien Handel ausgetauscht hatten, wurden eine Anzahl neuer Grenzen errichtet, die durch Zollgesetze eifersüchtig gesperrt wurden. Alte Märkte verschwanden. Kaufgegenstände konnten Gemeinschaften auseinanderreißen, deren Interessen untrennbar miteinander verwoben waren. Eine nicht unähnliche Situation würde entstehen, wenn ein Staatenbund die Bande zerreißen wollte, die sie miteinander verknüpfen, und anfangen würde, den gegenseitigen Handel zu hemmen und mit Strafen zu belegen, anstatt ihn zu fördern. Es kann kaum bezweifelt werden, daß unter diesen Umständen der Wohlstand eines solchen Landes sich rapide vermindern würde.

Um diese neuen Grenzen in Europa zu kennzeichnen und zu verteidigen, wurden Lizenzen, Tarife und Verbote eingeführt, deren Resultate sich für alle Beteiligten bereits als höchst nachteilig erwiesen haben. Der eine Staat verlor seine billige Nahrungsversorgung, der andere seine Belieferung mit billigen Waren, Industrien litten unter Kohlenmangel, Fabriken durch das Fehlen von Rohmaterialien.

Sinter den Zollmauern wurden, ohne wirkliche ökonomische Grundlagen zu haben, neue Zollindustrien begründet, die in Folge der Konkurrenz nur dadurch am Leben erhalten werden konnten, daß die Zollmauern noch höher wuchsen. Eisenbahntarife, die von politischen Überlegungen beeinflusst, schärfte und teurer. Die Preise für Frachttransporte schwebten in der Luft, die Produktion ist hervorgerufen worden. Die Produktion als Ganzes genommen ist zurückgegangen, die Kredite haben sich verringert und der Geldumsatz hat abgenommen. In vielen Staaten haben in Verfolgung verfehlter Ideen von nationalem Interesse ihren eigenen Wohlstand in Gefahr gebracht und die gemeinsamen Interessen der Welt außer Acht gelassen, indem sie ihre kommerziellen Beziehungen auf die ökonomisch unfinnige Basis stellten, allen Handel als eine Form von Krieg zu betrachten.

Daher kann keine Erholung in Europa eintreten, bis die Politik in allen Ländern, den alten und den neuen, sich darüber klar geworden sind, daß Handel kein Krieg ist, sondern ein Austauschprozess, und daß in Zeiten des Friedens unsere Nachbarn unsere Kunden sind, und daß ihr Wohlstand eine Vorbedingung für unser eigenes Wohlergehen ist. Wenn wir ihren Handel behindern, vermindern wir damit auch die Möglichkeit, ihre Schulden abzugeben und unsere Produkte zu verkaufen. Eingeschränkter Import bringt auch Beschränkung des Exports mit sich, und keine Nation kann es sich leisten, ihren Exporthandel zu verlieren. Da wir alle von der Einfuhr und Ausfuhr von Waren abhängig sind sowie von dem Prozess des internationalen Güterausstausches, können wir nicht ohne schwerwiegende Bedenken eine Politik mit ansehen, die die Zerarmung Europas bedeutet.

Glücklicherweise sind Anzeichen vorhanden, daß endlich die öffentliche Meinung in allen Ländern zur Erkenntnis dieser drohenden Gefahren gekommen ist. Der Völkerverbund und die Internationale Handelskammer sind am Werke, alle Formalitäten, Verbote und Einschränkungen auf ein Minimum zu reduzieren, um die Unausgeglichenheit in diesen Zuständen, außer in den Zolltarifen, zu beseitigen und Passagier- und Güterverkehr zu erleichtern. Einflußreiche Persönlichkeiten in einigen Ländern setzen sich für völlige Aufhebung der Zolltarife ein. Von anderen Seiten ist der Abschluß von langfristigen Handelsverträgen vorgeschlagen worden, die in jedem Falle eine Reißbegünstigungsklausel enthalten sollen. Einige Staaten haben in kürzlicher abgeschlossenen Verträgen die Notwendigkeit anerkannt, den Handel von allen niederdrückenden Beschränkungen zu befreien. Und Erfahrung lehrt allmählich auch andere, daß das Niederreißen der ökonomischen Hindernisse zwischen den einzelnen Nationen sich als bestes Heilmittel gegen das Stagnieren des Handels erweist, das überall zu verspüren ist.

Bei den zugleich wertvollen politischen Resultaten, die sich aus einer solchen Politik ergeben würden, und die öffen Werten durch guten Erfolg würde und die Existenz der Völker in Zusammenarbeit umzuwandeln, wollen wir uns nicht aufhalten. Aber wir wünschen unserer festen Überzeugung Ausdruck zu geben, daß die Wiederherstellung der Handelsfreiheit die beste Möglichkeit in sich birgt, Handel und Kredit in der Welt wiederherzustellen.“

Unterzeichnet ist die Erklärung nach der Reihenfolge von maßgebenden Vertretern Österreichs, Belgiens, der Tschechoslowakei, Dänemarks, Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Spaniens, Norwegens, Polens, Rumaniens, Großbritanniens, Hollands, Ungarns, Schwedens, der Schweiz und der Vereinigten Staaten.



Unterzeichner des internationalen Wirtschaftsmanifestes.

Von links nach rechts:

Oberer Reihe: Dr. Franquet (Belgien), Kommerzienrat Dr. Ing. Ehrenr. Bosh (Deutschland), Lord Bradbury (England).
Untere Reihe: J. P. Morgan (Amerika), L. Sergent (Frankreich), Reichsbankpräsident Dr. Schaacht (Deutschland).

Französische und italienische Vorbehalte.

Die französischen Unterzeichner der Denkschrift haben einen Vorbehalt oder eigentlich eine Ergänzung angefügt, in der sie darauf hinweisen, daß als erstes Mittel die Herstellung der Währung in den noch nicht stabilisierten Ländern in Frage kommt. Die schlechte Währung Frankreichs liegt natürlich den Franzosen zunächst am Herzen, aber im übrigen ändert dieser Vorbehalt nichts an ihrer grundsätzlichen Zustimmung zu dem Weltmanifest.

Italiens Vertreter erheben ebenfalls einen Vorbehalt, nach dem sie andere und klarere Form gewünscht, auch Kritik an den künstlichen Prämien und Auswanderungsbeschränkungen begrüßt hätten. Grundsätzliche Einwendungen haben auch die Italiener nicht.

Die schlechte Währung Frankreichs liegt natürlich den Franzosen zunächst am Herzen, aber im übrigen ändert dieser Vorbehalt nichts an ihrer grundsätzlichen Zustimmung zu dem Weltmanifest.

Die Fehlgänge des Versailler Vertrages.

Zu der Veröffentlichung der Denkschrift wird aus deutschen Wirtschaftskreisen folgende Bemerkung gemacht: Der Kreis der deutschen Unterzeichner ist wohl aus rein organisatorischen Gründen zunächst nur verhältnismäßig klein. Es dürfte aber kein Zweifel darüber bestehen, daß dieser Appell in den deutschen Wirtschaftskreisen einen starken Widerhall und zahlreiche weitere Befürworter unter den führenden deutschen Wirtschaftlern finden wird. Eine besondere Bedeutung erhält der Appell für Deutschland dadurch, daß von einer so großen Zahl führender Wirtschaftler aus nicht weniger als 16 Ländern die wirtschaftlichen Fehlgänge des Versailler Vertrages erkannt werden und ihre Beseitigung als Vorbedingung für ein Wiederaufblühen der europäischen Produktion und des europäischen Handels angesehen wird.

Aus Deutschland haben bekanntlich unterzeichnet: Kommerzienrat Dr. Bosh von der S. G. Farbenindustrie, Geheimrat Felix Deutsch von der A. G. S., Dr. Karl Melchior vom Hause M. Warburg u. Co., Franz v. Mendelssohn, der Reichsbankpräsident Dr. Schaacht, Karl Friedrich v. Siemens, der Geschäftsführer der Discontogesellschaft Franz Urbig, General-

direktor Bogier und Handelsammerpräsident F. D. Wittfoest von der Firma A. B. Meyer in Hamburg.

Wie noch mitgeteilt wird, entstand der Gedanke, in einer Art Manifest zu gelegener Zeit an die Öffentlichkeit heranzutreten, um die Wirtschaftslage klarzulegen, vor etwa sechs Monaten gelegentlich der Antwortsitzung Dr. Schaacht in London. Die Teilnehmer an der zu diesem Zweck abgehaltenen Besprechung hatten sich bereit erklärt, die erforderlichen Unterschriften zu sammeln, was auch in Deutschland gelungen ist. Es ist eine private Angelegenheit, die aber dadurch nicht an Wert verliert. Von den Unterzeichnern hat niemand seine Unterschrift zurückgezogen. Daneben löst eine Aktion der Internationalen Handelskammer. Deren nationale Unterausschüsse wurden ebenfalls angewiesen, sich mit den in dem Manifest aufgeworfenen Fragen zu beschäftigen und darüber nach Paris Bericht zu erstatten. Der Bericht dieser Unterausschüsse soll dem Zentralausschuß der Internationalen Handelskammer vorgelegt werden, und es ist anzunehmen, daß auch dieser Bericht veröffentlicht wird.

Der Reichsbankpräsident über die Bedeutung des Wirtschaftsmanifestes.

München, 19. Oktober. Reichsbankpräsident Dr. Schaacht, der zu den Mitunterzeichnern des internationalen Wirtschaftsmanifestes gehört, gab heute einem Vertreter der Telegraphen-Union zu dem Manifest die folgende Erläuterung: Das Wirtschaftsmanifest, das von führenden Wirtschaftlern aus 16 verschiedenen Ländern unterzeichnet ist, kann in seiner Bedeutung unmöglich unterschätzt werden. Die wirtschaftlichen Persönlichkeiten, die ihren Namen unter dieses Manifest gesetzt haben, haben es zweifellos nach reiflicher Überlegung getan. Ein Beweis dafür ist, daß die Sammlung der Unterschriften und die Bearbeitung des definitiven Textes etwa ein halbes Jahr in Anspruch genommen hat. Daß auch amerikanische Namen sich bereit gefunden haben, diesem Manifest beizutreten, kann selbstverständlich nicht als eine amerikanische willkürliche Beeinflussung europäischer Verbände gedeutet werden, sondern ist nach der Richtung zu werten, daß von Vertretern eines Volkes, das über einen freien und unbehinderten Markt von 110 bis 120 Millionen Menschen verfügt, zum Ausdruck gebracht wird, welche unerhörten Austriebskräfte von einem so großen einheitlichen Wirtschaftsgebiet für die Wohlfahrt aller darin arbeitenden Individuen ausgehen. Selbstverständlich drücken die Unterzeichner dieses Manifestes, welchem Lande immer sie auch angehören mögen, nur ihre persönliche Überzeugung aus. Daß die Regierung dieses oder jenes Landes sich mit den Unterzeichnern nicht zu identifizieren wünscht, ist eine Selbstverständlichkeit. Aber deswegen verliert dieses Manifest nichts von seinem Wert. Wir haben alle noch in zu lebendiger Erinnerung das Beispiel des Dawesberichtes. Als die Welt der Regierungen am Ende war, hatten wir es nur einer kleinen Gruppe von führenden internationalen Wirtschaftlern zu danken, daß ein wirtschaftlicher Ausweg aus den politischen Schwierigkeiten gefunden wurde. Wenn heute Namen, wie diejenigen, die unter dem Manifest stehen, aus 16 Ländern Namen, die anerkannten Führer der Wirtschaft gehören, für die wirtschaftliche Freiheit eintreten, so kann dieses gewiß in der politischen Weltgeschichte nicht seinen Einfluß verlieren. Wenn das Manifest auf der einen Seite die wirtschaftlichen Fehler hervorhebt, die Krieg und Frieden gebracht haben, so verliert sich das Manifest doch nicht in historischen Betrachtungen über Schuld und Sühne, sondern weist unbestimmt um alles, was geschehen ist, unbestimmt um politische Ungerechtigkeit, die noch in einzelnen Köpfen stecken mag, den Weg in die Zukunft, den Weg ins Freie. Das Manifest ist nicht eine Auslassung der Regierenden, die durch alle möglichen Fesseln in ihrer Freiheit behindert sind. Es ist ein Aufruf des gesunden Menschenverstandes aller Völker, die den Weg zur wirtschaftlichen und damit zur geistigen Zusammenarbeit freimachen wollen.

Keine Forderung der deutschen Choisy-Politik.

Berlin, 19. Oktober. Zu den in den letzten Tagen insbesondere in der ausländischen Presse auftauchenden Gerüchten, daß die deutsche Regierung die Absicht habe, weds Durchführung des Programms von Choisy die Einberufung einer Internationalen Finanzkonferenz vorzuschlagen, wird von zuständiger Seite festgestellt, daß diese Gerüchte jeder Begründung entbehren. Ebenso ist die Meldung einer politischen Zeitung, wonach die deutsche Regierung mit Gegenanschlägen für die Regelung der Disfragen an die anderen Mächte heranträte, völlig aus der Luft gegriffen.

Sozialpolitischer Ausschuß des Reichstages.

Berlin, 19. Oktober. Der sozialpolitische Ausschuß stimmte in seiner weiteren Verhandlung dem § 5 des Arbeitsgerichtsgesetzes in der Fassung der Regierungsvorlage zu, der die strittige Frage behandelt, wie weit Mitglieder einer Genossenschaft zugleich deren Arbeitnehmer sein können. Ferner wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, wonach den Arbeitnehmern Personen gleich stehen sollen, die, ohne in einem Arbeitsverhältnis zu stehen, im Auftrage und auf Rechnung einer